

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Reich-Litauen M. 5.—, Erscheinungstage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, D. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Spaltenweise mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 57.

Dresden, Donnerstag den 11. März 1909.

20. Jahrg.

Die Liebesgabe.

In unserem Artikel über die neue Branntwein-Verordnung haben wir schon darauf hingewiesen, daß die sogenannte „Liebesgabe“ auch weiterhin erhalten bleiben wird. Die Veranschlagung der Liebesgabe ist nunmehr durch den Reichstag beschlossen. Die Veranschlagung der Liebesgabe besteht aus zwei Teilen: Einem Teil, der die Veranschlagung der Liebesgabe für den Zeitraum vom 1. Oktober 1909 bis zum 31. März 1910 betrifft, und einem anderen Teil, der die Veranschlagung der Liebesgabe für den Zeitraum vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1911 betrifft. Die Veranschlagung der Liebesgabe für den Zeitraum vom 1. Oktober 1909 bis zum 31. März 1910 beträgt 140 Millionen Mark. Die Veranschlagung der Liebesgabe für den Zeitraum vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1911 beträgt 180 Millionen Mark. Die Liebesgabe ist eine Abgabe, die auf den Verbrauch von Branntwein erhoben wird. Sie ist eine indirekte Steuer, die auf den Konsumenten überwälzt wird. Die Liebesgabe ist eine wichtige Einnahmequelle für den Staat. Sie ist eine wichtige Einnahmequelle für den Staat. Sie ist eine wichtige Einnahmequelle für den Staat.

Das Kontingent in seiner heutigen und in der neu vorgeschlagenen Form ist nichts als eine ungeheuerliche Verletzung der Gerechtigkeit. So etwas muß natürlich mit einem Protest beantwortet werden. Man muß es „rechtfertigen“. Und die „Rechtfertigung“ einer geradezu himmelfahren- und schandlichen Verletzung der Gerechtigkeit ist natürlich im Augenblick eine gänzliche Unmöglichkeit. Die Veranschlagung der Liebesgabe ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Das Kontingent in seiner heutigen und in der neu vorgeschlagenen Form ist nichts als eine ungeheuerliche Verletzung der Gerechtigkeit. So etwas muß natürlich mit einem Protest beantwortet werden. Man muß es „rechtfertigen“. Und die „Rechtfertigung“ einer geradezu himmelfahren- und schandlichen Verletzung der Gerechtigkeit ist natürlich im Augenblick eine gänzliche Unmöglichkeit. Die Veranschlagung der Liebesgabe ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Die Veranschlagung der Liebesgabe ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Die Veranschlagung der Liebesgabe ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Sie ist eine Verletzung der Gerechtigkeit.

Folgen wir nun aber auch bei den 10 Prozent Grob- brennern der Statistik noch etwas weiter, so wird das Bild noch deutlicher! Die 4894 Brennereien nämlich teilen sich wieder in 4580 landwirtschaftliche und in 314 gewerbliche Brennerereien.

Wenn es nun auch bei den landwirtschaftlichen Brennerereien immer noch tiefstes Geheimnis ist, wohin die Millionen eigentlich wandern — es sollen hochfeudale Adressen sein —, so liegen diese Verhältnisse bei den gewerblichen Brennerereien, insbesondere den Gesehbrennerereien, ein wenig anders. Kaum zwei Duzend dieser, die genau bekannt sind und über deren Kontingente man sicher informiert ist, beziehen Millionen, die anderen 290 sind dagegen „kleine Stümper“. Daß es mit der Liebesgabenverteilung zwischen groß und klein bei den landwirtschaftlichen Brennerereien genau ebenso ist, ist allgemein bekannt! Mit welchem Recht nun treten diese insgesamt höchstens sechs Duzend Grobrennerereien vor das deutsche Volk hin und verlangen auch in Zukunft viele Millionen jährliche Staatssubvention? Warum vor allen Dingen gibt man die Namen der Liebesgaben-Empfänger nicht bekannt? Schon im Jahre 1906 hat ein sozialdemokratisches Mitglied der Kommission zur Beratung einer Reform der Maisgrammsteuer eine Aufstellung der Namen verlangt. Die Regierung hat sich damals geweigert, diesem Verlangen zu entsprechen, und sie wird bei dieser Weigerung wohl auch jetzt verharren. Denn wenn die Namen bekannt würden, dann wäre es mit einem Schlage unmöglich, fernerhin zu behaupten, die Liebesgabenbedienten dem Schutze der Landwirtschaft überdauern dem Schutze des Brennergewerbes!

Wie befinden sich denn jetzt die Kleinbetriebe unter dieser „Schutze“?

Jahr	gewerbliche Getreide- und 44 gewerbliche Kartoffelbrennerereien	1899 noch 1064 gewerbliche Getreide- und 41 gewerbliche Kartoffelbrennerereien
1900	1040	22
1901	884	61
1902	821	78
1903	789	36
1904	783	22
1905	790	21
1906	782	33
1907	782	21

Also: 80 Prozent der gewerblichen Getreidebrennerereien sind trotz der Liebesgabe zugrunde gegangen und 50 Prozent der gewerblichen Kartoffelbrennerereien.

Die Produktion von Alkohol ist dagegen in dem gleichen Zeitraum von etwa 3 000 000 Hektolitern auf beinahe 4 000 000 Hektoliter gestiegen. Diese Verhältnisse sind bei den landwirtschaftlichen Brennerereien natürlich ganz die gleichen, nur kommt hier in Betracht, daß dort die Rentabilität des Kleinbetriebs nicht die verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen haben kann wie bei den gewerblichen Brennerereien. Wäre das nämlich der Fall, so wären die kleinen landwirtschaftlichen Brennerereien längst verschwunden, denn ihre „Liebesgaben“ hätten sie nicht lebendig erhalten!

So steht es also mit dem „Schutze des Gewerbes“ durch die Liebesgabe aus. Es versteht sich ganz von selbst, daß die Vertreter unserer Partei im Verlaufe der Beratungen über die Branntweinsteuer den Versuch wiederholen müssen, die Namen derjenigen Leute zu erfahren, die die Liebesgaben in die Taschen stecken. Prinzen und Könige, Grafen und Barone werden sich darunter befinden, aber nimmermehr wird man behaupten können, daß diese hohen Herren „die Landwirtschaft“ darstellen. Und wenn das noch behauptet wird, daß „die“ Landwirtschaft Ostindiens in ihrer heutigen Verfassung von der Brennererei abhängt und deren Rentabilität wiederum durch die Liebesgabe bedingt wäre, dann hätten die Vertreter der Liebesgabe immer erst noch die eine wichtige Frage zu beantworten, nämlich wie es kommt, daß im Osten Deutschlands viel mehr landwirtschaftliche Betriebe ohne als mit Brennererei nicht nur bestehen, sondern sogar blühen und gedeihen. Die Antwort auf diese Frage wird allerseits mit sehr lebhafter Spannung erwartet!

Die Krise der Reichsfinanzreform.

Unfruchtbare Beratung.
Aus Berlin wird uns geschrieben: Ueber eine Besteuerung, die keine Besteuerung ist, haben die Blockparteien ein Kompromiß geschlossen, das kein Kompromiß ist, und nun führen sie in der Steuerkommission Verhandlungen an, die eigentlich keine Verhandlungen sind, sondern nur Unterhaltungen, dazu bestimmt, den Abgeordneten die Zeit zu vertreiben, bis das wirkliche Kompromiß hinter den Kulissen zustande gekommen ist. Mit den eigentlichen Verhandlungen, die im Stillen geführt werden, scheint es aber bisher noch immer genau ebenso zu liegen wie mit den Scheinreden in der Kommission. Ueber vor den Kulissen, noch hinter den Kulissen kommt man einen Schritt weiter.
Es ist recht merkwürdig, daß man immer nur von Verfügen des Reichskanzlers hört, auf die Freisinnigen im Sinne

der konservativen Forderungen einzuwirken, während von einem entschiedenen Eintreten der obersten Regierungsstelle für die Nachlasssteuer nicht das allermindeste verlautet. Nach dem Berliner Tageblatt soll der frühere konservative Abgeordnete v. Loebell, der jetzt, mit Titel und Gehalt eines Unterstaatssekretärs versehen, beim Reichskanzler die Rolle eines Faktotums und Vertrauensmannes spielt, den Abgeordneten Biemer, v. Bayer und Müller-Meinungen nahegelegt haben, sie sollten sich doch zunächst zur Bewilligung der indirekten Steuererhöhungen der Regierung verpflichten — eine Zumutung, die selbst für Herrn v. Bayer nicht so ohne weiteres annehmbar sein dürfte. Man sieht also noch immer nicht, wohin die Fahrt eigentlich gehen wird, nur so viel sieht man, daß das berüchtigte Biermännerkompromiß und die ihm folgenden Kommissionsberatungen ohne sachliche Bedeutung sind, und daß die Nationalität und Vermirrung im Blocklager heute noch größer ist als je zuvor. — Dabei erscheint die Rolle, die

der Reichskanzler in diesem ganzen Handel spielt, in immer trüblicherem Lichte. Jetzt bestätigt die Deutsche Tageszeitung, daß sich Fürst Bülow persönlich um das Zustandekommen des Blockkompromisses bemüht hat. Dadurch hat sich der leitende Staatsmann vor aller Welt in einer Weise bloßgestellt, die man für kaum möglich hätte halten sollen. Dieses Kompromiß ist eine gesetzgeberische Quartanerarbeit, die von schlimmster Unwissenheit und Ungeschicklichkeit förmlich strotzt. Das ist von der öffentlichen Kritik, zuletzt von dem sicher nicht oppositionsfeindlichen Professor Jörn-Born in Tag in so unüberleglicher Weise nachgewiesen worden, daß sich heute alle Parteien, die daran beteiligt waren, dieses törichte Streiches schämen und ihre Beteiligung nach Kräften abzulugnen versuchen. Nachdem sowohl die freisinnige Presse wie das offizielle Organ der Konservativen dieses Kompromiß preisgegeben, hat auch, wie berichtet wird, der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei an jenem Nachwerk die schärfste Kritik geübt und die Erwartung ausgesprochen, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion ihm auf keinen Fall zustimmen werde. Aus den Kreisen der süddeutschen Regierungen mehren sich die Stimmen des Unwillens über einen so unfruchtbaren und verderblichen Plan.

Indem der Reichskanzler diesen Plan unterstützte, hat er abermals bewiesen, daß ihm jedes Mittel recht ist, das ihm geeignet erscheint, ihn in seiner Stellung und an der Macht zu erhalten. Er kämpft nicht für die Wohlfahrt des Reiches, sondern für die Erhaltung seines Amtes. Dieser „erfolgreiche Staatsmann“ hat noch nie einen anderen Erfolg gehabt als den, trotz aller Mißerfolge sein Amt behalten zu können. Von einem Manne wie dem Fürsten Bülow läßt sich nicht erwarten, daß er einen ernstlichen Versuch macht,

die Nachlass- oder Erbschaftsteuer der direkten Linie noch in erster Stunde zu retten. Die Nachlasssteuer wäre — daran muß festgehalten werden — ohne allzu große Mühe durchzusetzen gewesen, wenn nicht der Reichskanzler von vornherein mit ihren Gegnern konspirierte hätte. Auch das hat er natürlich nicht aus Ueberzeugung getan, sondern nur in der Erkenntnis, daß man sich mit den agrarischen Vorkämpfern halten muß, wenn man im heutigen Deutschland Reichskanzler bleiben will.

Der Kampf um die Nachlasssteuer wird unter völliger Passivität der Regierung von Freisinnlern der bürgerlichen Parteien wieder aufgenommen. In verschiedenen Orten haben liberale Wahlvereine Entschließungen angenommen, in denen unter entschiedener Verwerfung des berüchtigten Biermännerkompromisses das Zurücktreten auf die Nachlasssteuer gefordert wird. Wichtig ist, daß der Reichsbote, der sich selbst ein Eindringling unter Völkern, als das meistverbreitete und meistgelesene konservative Blatt Deutschlands bezeichnet, mit wachsender Entschiedenheit zur Annahme der Nachlasssteuer auffordert. Er veröffentlicht Zuschriften aus konservativen Parteikreisen, in denen man Sätze lesen kann wie diese:

Ich kann mich, obwohl ich gut konservativ gefinnt bin, doch des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Steuer nicht nur abgelehnt würde wegen ihrer schädlichen Wirkung für die Landwirtschaft, sondern aus kapitalistischen, egoistischen Gründen... Wir halten das Geschrei gegen die Nachlasssteuer für Nache.
Vor dieser Sache hat aber der Reichskanzler, der einst bombastisch verkündete, in nationalen Fragen verleihe er seinen Spatz einen schleunigen Rückschlag angetreten, und bis jetzt sind alle Versuche, sein tiefsinkenendes Herz durch Gerede wieder in die Höhe zu bringen, völlig vergeblich. Dafür erklärt die Deutsche Tageszeitung schon jetzt kategorisch:
Wenn nicht alle Reichen trügeln, wird der Kampf um die Nachlasssteuer nochmals in aller Schärfe entbrennen. Wir sind gerüstet und halten unser Pulver trocken. Man möge sich aber auch auf der anderen Seite nicht täuschen. Werden wir nochmals zum Kampfe gezwungen, so wird dieser Kampf schärfer als je zuvor. Eine Rückzugs-Linie gibt es für uns nicht... Wir erwarten von den verbündeten Regierungen, insbesondere von der Regierung des Reichskanzlers, daß er sich nicht täuschen lasse.